

Auszug des Geistes aus den britischen Universitäten

Mit Hochdruck betreibt die britische Bildungspolitik die Austreibung der Geisteswissenschaften aus den Hochschulen. Geschätzt werden sie noch als Vorlage für Fernsehfilme.

Von Katharina Lazslo

Im Jahr 2006 bat das Alumni-Magazin der Universität Cambridge den Literaturwissenschaftler Stefan Collini, einen Beitrag für die Serie „Don's Diary“ zu verfassen. Normalerweise nutzen Autoren diese Bitte, um spendierfreudige Ehemalige von der Bedeutung der eigenen Disziplin zu überzeugen. Collini wählte ein anderes Sujet: „Samstagmorgen gejätet (E-Mails), Empfehlungsschreiben verfasst und einen Protokollentwurf des Meetings vom Donnerstag. Als Nächstes auf dem Stapel liegt eine Anfrage für einen Bericht über die Tätigkeit einer Berufungskommission, deren externes Mitglied ich war – ein absolut überflüssiges Dokument, verlangt im Namen einer deplazierten Vorstellung von ‚Rechenschaft‘. Fühle mich wie die zermürbte, überarbeitete mittlere Führungskraft eines unterfinanzierten Betriebs: Frage mich, was aus jugendlichen Träumen von intellektueller Begeisterung und literarischem Glanz geworden ist.“

An einem sommerlichen Abend zehn Jahre nach dem ermüthenden Tagebucheintrag sieht Collini immer noch nicht aus wie ein frustrierter Angestellter. Groß und hager sitzt er, umgeben von sehr vielen Büchern, nicht wenigen Polstermöbeln und keinem Telefon, in seiner Wohnung am Rand von Cambridge. Aber seine Stimmung ist nicht besser. Collini ist einer der schärfsten Kritiker der Bürokratisierung und Vermarktlichung der britischen Hochschulpolitik und einer der glühendsten Verteidiger der Geisteswissenschaften. In der „London Review of Books“ hat er unermüdlich Gesetzesentwürfe, Weißbücher und „unabhängige Berichte“ analysiert.

So auch die „Browne Review“ von 2009, eine von der Labour-Regierung in Auftrag gegebene Untersuchung über die Zukunft der Universität. Vom ehemaligen British-Petrol-Geschäftsführer Lord Browne verfasst, empfahl diese Studie, den jährlichen „Block Grant“ von etwa 3,9 Milliarden Pfund auszusetzen, mit dem bis dahin die Lehre an Universitäten unterstützt worden war, und gab den Anstoß für den dramatischen Anstieg der Studiengebühren von rund dreitausend auf neuntausend Pfund. Für Collini war dies ein unmissverständliches Signal für eine Neudefinition der Universität: weg von der Idee höherer Bildung als öffentlichem, staatlich finanziertem Gut, hin zur marktgesteuerten Universität.

Dass Wissenschaftler in Großbritannien noch mehr als in anderen Ländern angehalten sind, die Effizienz ihrer Forschung zu messen und den Mehrwert ihrer Lehre zu demonstrieren, begründet man besonders gerne mit der „modernen Welt“. Kurz bevor er jungen Historikern ihre Zeugnisse übergab, verkündete Patrick Johnston, Vizekanzler der Universität von Belfast, in einem Interview in diesem Mai, die Gesellschaft brauche „keinen 21-jährigen, auf das sechste Jahrhundert spezialisierten Historiker“. Man müsse überlegen, wie man junge Menschen nach zurückliegenden Mittelkürzungen für die Anforderungen der modernen Welt wappne. Auch Soziologie und An-



Von Adorno lässt sich die britische Bildungspolitik nicht beeindrucken: Studentenprotest gegen die Universitätsgebühren in London

Foto Getty Images

thropologie seien nicht mehr „relevant“ genug, weshalb man sie künftig nur noch in Kombination mit anderen Fächern studieren könne.

Der Business-Jargon solcher Einlassungen kommt nicht von ungefähr. Bis Juli war in Großbritannien das Department for Business, Innovation and Skills für die Hochschulpolitik zuständig, zu dessen Aufgabengebieten auch der Weltraum, das Postwesen und der Wettbewerb gehören. Inzwischen wird die höhere Bildung vom Department of Education verwaltet. Theresa Mays neue Bildungsministerin Justine Greening absolvierte erst ein Studium der Volkswirtschaftslehre, dann einen MBA an der London Business School und arbeitete vor ihrer politischen Karriere bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price Waterhouse Coopers.

Jedem Wissenschaftler sei klar, sagt Collini, „dass die Anforderungen an Universitäten in gewisser Weise leer sind und dass die Dinge, die wir sagen müssen, nicht viel bedeuten. Wir leben mit einem Vokabular, an das wir nicht glauben.“

Philologen als Spaßmacher

Die Abstumpfung des Geistes zeigt sich in den Fremdsprachen am deutlichsten. Immer weniger Studenten entscheiden sich für ein Studium der modernen Sprachen. Für das Fach Deutsch ist seit 2007

sogar ein Rückgang von mehr als 34 Prozent zu verzeichnen. Literatur- und kulturwissenschaftliche Aspekte des Fachs bleiben den elitären „Russell Group“-Universitäten vorbehalten, in weniger angesehenen Institutionen werden sie zugunsten des Sprachunterrichts gestrichen. Die Universitäten Anglia Ruskin, Brighton, Liverpool und Wolverhampton bieten statt Fremdsprachen-Abschlüssen nur noch „Language Courses“ an oder, wie es in Wolverhampton heißt: „Languages for Fun“.

An der University of Nottingham nahm die Universitätsleitung die sinkenden Bewerberzahlen in den Geisteswissenschaften zum Anlass, die gesamte „Faculty of Arts“ auf ihre Effizienz zu prüfen und sie anschließend einer „Umstrukturierung“ zu unterziehen. Das Institut für Germanistik muss bei der euphemistisch als „Portfolio Review“ bezeichneten Maßnahme besonders schlecht abgeschnitten haben. Nur durch massive Proteste konnte die Streichung von vier Stellen (bei 13,3 insgesamt) verhindert werden. Nun kommt ein Germanist in einem anderen Teil der Fakultät unter, eine weitere Stelle wird nicht wiederbesetzt, und ein Research Fellow, für den eigentlich eine feste Dozentstelle vorgesehen war, erhält diese stattdessen in englischer Linguistik. Das Germanistik-Institut verbucht dies als Triumph.

Auf nationaler Ebene fallen die Geisteswissenschaften zwar keinen gezielten Kürzungen zum Opfer, doch die Entscheidung von Finanzminister George Osborne, die Naturwissenschaften bis 2020 von Kürzungen zu verschonen („einer der besten Wege, Unternehmen in der modernen Welt zu schützen, ist, die Naturwissen-



Stefan Collini

Foto Intertopics

schaften zu schützen“), setzt sie indirekt unter Druck. Ähnliche Konsequenzen hat der 2015 ins Leben gerufene „Global Challenges Research Fund“, der interdisziplinäre Forschung zur Lösung großer globaler Probleme unterstützen soll.

Bewerbungen um Forschungsgelder für geisteswissenschaftliche Projekte müssen sich Kriterien stellen, die eher auf die

Pharmaforschung passen. Sowohl britische als auch EU-Forschungsgelder zielen auf multinationale, interdisziplinäre Vorhaben. Kleinere Summen für individuelle Forschungsprojekte werden immer seltener ausgeschrieben. Zuschüsse für Archivforschung gibt es kaum noch.

Blut verkauft sich gut

Das Argument, die Geisteswissenschaften seien per Definition, vielleicht sogar bewundernswert nutzlos, aber verdorben durch Nutzenberechnungen, hat in Großbritannien eine lange Tradition. Es zieht sich seit dem neunzehnten Jahrhundert durch das Nachdenken über die Universität von John Stuart Mill über T. S. Eliot bis zum furiosen Plädoyer des Literaturwissenschaftlers F. R. Leavis gegen das „technologico-Benthamitische“ Zeitalter. Am sichtbarsten wird der Anti-Instrumentalismus heute in den heftigen Reaktionen auf „Impact“ als Bewertungskriterium für das Research Excellence Framework (REF), das 2014 eingerichtete System zur Verteilung der staatlichen Forschungsgelder.

In vielerlei Hinsicht ähnelt das REF seiner Vorgängerin, der Research Assessment Exercise (RAE), die bereits 1986 unter Margaret Thatcher eingeführt wurde: Institute reichen Arbeitsproben und Informationen ein, die anschließend von ei-

nem Gremium bewertet und mit einem Rating versehen werden, von dem die bewilligte Summe staatlicher Fördergelder abhängt. Doch im Jahr 2014 – und dies ist der entscheidende Unterschied – hingen erstmals zwanzig Prozent des Ratings davon ab, wie viel „Impact“ den Forschungsprojekten nachgewiesen werden konnte.

Laut den für alle Disziplinen geltenden Richtlinien hat ein Projekt dann „Impact“, wenn aus ihm „nachweisbare Vorteile für die breite Gesellschaft und die Wirtschaft“ folgen. Intellektueller oder akademischer Einfluss auf die Arbeit anderer Wissenschaftler reicht nicht nur nicht aus, er wird als Kriterium sogar ausgeschlossen. Auch die Lehre gehört nicht zu den „Impact“-Faktoren.

„Impact“ wird den Universitäten nur dann bescheinigt, wenn sie nachweisen können, dass sie ihre „neuen Funde“ aktiv in die Außenwelt befördert haben. An der Universität Durham konnte ein Literaturwissenschaftler dokumentieren, dass seine Forschung zum „medizinischen Kannibalismus in der Frühen Neuzeit“ zu BBC-Sendungen mit Titeln wie „The people who drink human blood“ führte. Das English-Institut in Durham schnitt danach deutlich überdurchschnittlich ab. Es ist dieses reduktive Verständnis von Wirkung, das den Eindruck erzeugt, die Geisteswissenschaften würden, wie es Collini einmal formulierte, „von einem für andere Zwecke bestimmten, unkontrollierten Panzer überrollt.“

Umso erstaunlicher ist die Selbstverständlichkeit, mit der Begriffe wie „Impact“, „Knowledge Exchange“ oder „Access“ ihren Weg in die Alltagssprache britischer Geisteswissenschaftler gefunden haben. Auf der Website der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Manchester steht unter „Forschung“ der Kasten mit „Impact“ an erster Stelle. Das zugehörige Bild zeigt eine Studentin neben einer afrikanischen Frau auf einem Feld. Beide halten lächelnd eine Zucchini in die Luft. „We're making a difference to societies on a national and international level“, lautet die Bildunterschrift.

Definitionen des Nutzens

In ihrem 2013 erschienenen Buch „The Value of the Humanities“ untersuchte die Oxforder Literaturprofessorin Helen Small den Wert geisteswissenschaftlicher Forschung aus historischer Perspektive. Während des REF war Small für alle „Impact“-Angelegenheiten des Oxford-Englisch-Instituts verantwortlich. Über fast zwei Jahre hinweg habe der Prozess mehrere Stunden in der Woche in Anspruch genommen, sagt sie. Ist sie nicht wütend? „Ich kann die Rage einiger Kollegen durchaus nachvollziehen“, sagt Small. Aber es führe zu nichts, Nutzen und Nützlichkeit zu dämonisieren. „Die Geisteswissenschaften sind nützlich, weil sie Druck ausüben können auf die Art und Weise, wie Regierungen ‚Nutzen‘ definieren und diesen messen.“

Ob solche Überlegungen Wirkung zeigen, ist eine andere Frage. „Sehr schlüssige Bedenken sind geäußert worden, aber es ändert sich nichts, jedenfalls nicht in unmittelbarer Zukunft, die Regierung verfolgt weiter ihren Kurs“, sagt Stefan Collini. Gerade berät das Parlament über ein Weißpapier mit dem vielversprechenden Titel „Success as a Knowledge Economy: Teaching Excellence, Social Mobility and Student Choice“, das unter anderem die Einführung eines sogenannten Teaching Excellence Framework vorsieht. Wird das Gesetz verabschiedet, könnten Universitäten bis zu 11 697 Pfund Studiengebühren verlangen, als unmittelbare Gegenleistung für die Lehre. Aber natürlich nur, wenn diese zuvor als „exzellent“ bewertet wurde.

Eine gute Idee gelangt in einen sicheren Hafen

Wissenschaftspolitisches Lehrstück: Vier geisteswissenschaftliche Zentren werden unter dem Dach der Leibniz-Gemeinschaft fortgeführt / Von Joachim Nettelbeck

Mehr als ein Vierteljahrhundert hat es gedauert, bis die einzige organisatorische Neuerung in der Wissenschaft, die auf die Wiedervereinigung zurückgeht, eine stabile Grundlage gefunden hat. Vier der sieben geisteswissenschaftlichen Zentren sind nun in der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) angekommen und damit Teil der von Bund und Ländern institutionell geförderten Forschung der Bundesrepublik.

Eine lange Phase der Unsicherheit geht damit zu Ende. Nach dem Einigungsvertrag von 1990 waren die Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR aufgelöst worden. Ein neuer Rahmen musste schnell gefunden werden, damit wenigstens ein Teil der Wissenschaftler übernommen werden konnte. Für die Verwaltungen lag es nahe, auf vertraute Strukturen zurückzugreifen und die westdeutschen Forschungsorganisationen zu erweitern. Der Wissenschaftsrat wurde in die neuen Bundesländer geschickt, um die Potentiale zu beurteilen. Nach einiger Zeit stellte man verstanden fest, dass für die Naturwissenschaften gesorgt, für die Geisteswissenschaften hingegen nichts vorgesehen war.

Die in den Naturwissenschaften übliche arbeitsteilige Organisation in großen Instituten oder Sonderforschungsbereichen kommt der Eigenart der Geisteswissenschaften jedoch nicht entgegen. Der Wissenschaftsrat schlug daher vor, mit den geisteswissenschaftlichen Zentren

eine neue außeruniversitäre Form zu schaffen. Die administrative Betreuung legte man zunächst in die Hände der Max-Planck-Gesellschaft. Das Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte entwickelte sich in dieser Zeit zu einer prächtigen Institution. Die übrigen Zentren hingegen dagegen nach dem finanziellen Rückzug des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBF) im Jahr 1996 in der Luft.

Ihre Rettung verdanken sie dem damaligen DFG-Präsidenten Wolfgang Frühwald, der sich massiv für ihre weitere Förderung einsetzte. Bedingung war, dass das Sitzland weiterhin seinen Anteil zur Finanzierung leistete. Die DFG konnte nur Projekte fördern, die sich in den Begutachtungen bewährten. Wohl oder übel mussten sich die Zentren projektförmig organisieren und immer neue Anträge schreiben.

Als diese Förderung nach zwölf Jahren zu Ende ging, hatte die damalige Bildungsministerin Annette Schavan gerade die Bundesmittel für die Geisteswissenschaften vervielfacht. Vier Zentren bekamen so erneut eine Perspektive von zwölf Jahren zugesichert. Das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung schaffte schon 2009 den Sprung in die Leibniz-Gemeinschaft. Doch auch das Bundesministerium förderte in der unsicheren Projektform. Das Damoklesschwert einer möglichen Abwicklung nach dem Ende der Förderperiode hing

weiter über den Zentren. Diese lange Geschichte hat nun einen vorläufigen Abschluss gefunden. Nur die Entscheidung zum Zentrum für Literatur- und Kulturforschung in Berlin steht noch aus.

Worin besteht die wissenschaftliche Bedeutung der Zentren? Das Zentrum Moderner Orient in Berlin widmet sich der „multidisziplinären Forschung zur Geschichte und Gesellschaft muslimisch geprägter Regionen Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens sowie Süd- und Südasiens“. Es hat exemplarisch vorgeführt, wie Regionalwissenschaften an Bedeutung gewinnen, wenn sie sich verschiedenen Kulturen im Vergleich und in ihrer Beziehung untereinander zuwenden.

Das Zentrum für allgemeine Sprachwissenschaften (ZAS) ist aus dem Zentralinstitut für Sprachwissenschaft hervorgegangen, das unter der Leitung von Manfred Bierwisch schon zu DDR-Zeiten international hoch angesehen war. Es widmet sich heute vor allem nichteuropäischen kleinen Sprachen und erforscht die menschliche „Sprachfähigkeit im Allgemeinen, ihre Ausprägung in Einzelsprachen und ihrer biologischen, kognitiven und sozialen Faktoren“. Das ZAS trägt damit zum Verständnis der grundlegenden Strukturen, des Erwerbs und der Verarbeitung von Sprache und deren Störungen sowie zur Entwicklung von sprachtechnologischen Anwendungen bei.

Das Geisteswissenschaftliche Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig gilt international als kompetenter Ansprechpartner für die Geschichte dieser Region.

Warum ist diese Geschichte über die er-

Mittelzuwachs

Wissenschaftsförderung ist gestiegen

Nach Angaben der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz stellten Bund und Länder im Jahr 2014 mehr als dreizehn Milliarden Euro für die Förderung von Wissenschaft und Forschung bereit. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung um fast 700 Millionen Euro oder 5,6 Prozent. Die Mittel kamen zu 66 Prozent vom

Bund und zu 34 Prozent von den Ländern. Die am Pakt für Forschung und Innovation beteiligten außeruniversitären Wissenschaftsorganisationen wie die Helmholtz-Gemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft profitierten am stärksten von der Förderung. Sie erhielten zusammen rund 63 Prozent der gesamten Förderung. Größter Einzelposten war der Hochschulpakt 2020, auf den 3,3 Milliarden Euro und damit fast 26 Prozent der Gelder entfielen. F.A.Z.

freuliche Nachricht hinaus, dass diese Zentren nun gesichert sind, von wissenschaftspolitischem Interesse? Einmal ist daran zu erkennen, wie schwer es institutionelle Neuerungen in einem etablierten Wissenschaftssystem haben. Ökonomen nennen dies Pfadabhängigkeit. Selbst ein epochaler Umbruch wie die Wiedervereinigung hat im Wesentlichen nur dazu geführt, die Wissenschaftler der ehemaligen DDR in die Strukturen der Bundesrepublik zu integrieren. Es war das Werk westlicher Verwalter. Für Fremde (und auch ehemalige Verwalter der DDR waren insoweit Fremde) waren die Prozeduren zwischen Bund, Ländern und Wissenschaftsorganisationen schwer durchschaubar. Hätte es nicht einige glückliche Zufälle und verdienstvolle Funktionäre gegeben, wären die Zentren wieder verschwunden.

Zum anderen wird am ihrem Beispiel sichtbar, wie lang der Weg von einer guten Idee zu ihrer Institutionalisierung ist. Diese Langsamkeit hat sicher Vorteile, insofern sich die Idee vor ihrer institutionellen Verankerung mehrfach bewähren muss. Doch die komplexen Prozeduren haben auch ihre Schattenseiten. Anträge und ihre Bewertung sind aufwendig und halten Wissenschaftler von der Forschung ab. Gabe es nicht so viele gegenseitige Abhängigkeiten, könnte ein Institut leichter wieder geschlossen werden, und die Entscheidungen fielen risikofreudiger aus.

Auch die aktuelle Entscheidung demonstriert die Komplexität des Systems. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK), in der sich Bund und Länder abstimmen, bittet, wohl auf Anregung der Sitzländer und des Bundes, die Leibniz-Gemeinschaft um Stellungnahme zur Aufnahme der Zentren, dann den Wissenschaftsrat um deren Begutachtung. Dieser stützt sich seinerseits auf die Stellungnahme der Leibniz-Gemeinschaft. Die Begutachtung durch den Wissenschaftsrat dient dann wieder der GWK als Grundlage für den Beschluss, die Zentren in die gemeinsame Förderung aufzunehmen. Dazu muss man sich all die Personen vorstellen, die in all diesen Ministerien und Gremien mitgewirkt haben. Glücklicherweise hat niemand ein Veto eingelegt.

Es bleibt die Frage, warum es in all den Jahren nicht gelang, diesen Zentren eine vergleichbare Stellung innerhalb der Universität zu verschaffen. Die Sprachwissenschaften hätten beispielsweise sehr gut zum Profil der Humboldt Universität gepasst. Das Zentrum Moderner Orient hätte die Regionalwissenschaften an der FU Berlin bereichern können. Doch der Bund ist reich, die Länder sind arm. Ein solches Zentrum braucht eine im Vergleich zu anderen Instituten der Universität besonders gute Ausstattung. Bei der gegebenen Verfassung der Universitäten ist eine solche Privilegierung offenbar nur möglich, wenn sie durch den Bund von außen kommt.